

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 25. 30. Jahrg.

22. Juni 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsenstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Die internationale Gewerkschaftskonferenz. Rundschau. Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften II. Die drohende Kohlennot des Winters. Die 45-jährigen hinter die Front! — **Allgemeines:** Die Lohnverhältnisse der Lithographen und Steindrucker Berlin's. — **Graphische Technik:** Nachträglicher Eindruck in lagernde Auflagen. — **Feuilleton:** Einführung in die bildende Kunst. II. Vom Büchertisch. — Adressen-Änderungen. — Anzeigen.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Die Freude aller wirtschaftlich und politisch rückschrittlichen Kreise über die zerrissene Verbindung der Gewerkschaften aller Länder war verfrüht. Während der Kriegszeit hat sich schon die Möglichkeit gefunden, wenigstens eine teilweise, aussichtsreichere Verständigung herbeizuführen. Zwar ist die Gewerkschafts-Internationale nicht im gleichen Maße durch den Weltkrieg auseinandergefallen, als die politische Internationale der Arbeiterklasse. Einige internationale Gewerkschaftssekretariate, wie die der Steinarbeiter, Maler, Schuhmacher und auch die der Lithographen und Steindrucker haben trotz aller Hindernisse ihre Tätigkeit fast unverändert fortgesetzt.

Jetzt endlich ist es nach mehrfachen Versuchen gelungen, eine internationale Gewerkschaftskonferenz zusammen zu berufen, die denn auch in Stockholm am 8. Juni ds. Js. getagt hat. Auf der Tagesordnung stand als einziger Beratungspunkt: »Gewerkschaftliche Forderungen zum Friedensvertrag«. Aus der Einleitung zu dem Entwurf, den der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes durch Genossen Legien der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm vorlegte, geben wir folgende Betrachtungen wieder, die in überzeugender Weise die Gründe für die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Gewerkschaften darlegen.

»Die volksverwüstenden Wirkungen des Krieges machen mehr denn je die tatkräftige Förderung des Arbeiterschutzes in allen Ländern notwendig, um die Volkskraft wieder herzustellen und die Zukunft der Völker zu sichern. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die soziale Reformarbeit in den fortgeschrittenen Ländern vor dem Kriege gelähmt wurde durch die Rückständigkeit der sozialen Einrichtungen in anderen Ländern. Die Vertreter der Industrie in den erstgenannten Ländern erhoben gegen neue sozialpolitische Forderungen den Einwand, daß ihnen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erschwert werde durch die sozialpolitische Rückständigkeit anderer Länder, die nicht die gleichen sozialen Lasten zu tragen hätten. Dieser Einwand führte zu einem gemeinsamen Vorgehen der europäischen Regierungen in einigen, leider nur wenigen Fragen des Arbeiterschutzes. Es ist notwendig, aus dem eingangs erwähnten Gründen, den Ausbau des internationalen Arbeiterschutzes in einem schnelleren Tempo zu betreiben. Der Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wird, ist der geeignete Ausgangspunkt für ein tatkräftiges Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform.«

In dem Entwurf selbst werden die Forderungen der Gewerkschaften für die internationale Sozialreform in neun Hauptkapiteln entwickelt. An der Spitze steht die Forderung der Freizügigkeit. Allgemeine Auswanderungsverbote und ebenso allgemeine Einwanderungsverbote sollen im Friedensvertrag für unzulässig erklärt werden. Hingegen sollen die Staaten das Recht behalten, bei schlechter Wirtschaftslage die Einwanderung zeitweilig zu beschränken, die Bauern zu überwachen und gewisse Mindestforderungen an die Kultur der Einwanderer zu stellen, z. B. von ihnen Kenntnis des Lesens und Schreibens zu fordern. Dazu wird weiter Ausbau und Austausch der Arbeitsmarkt-Statistiken gefordert.

An zweiter Stelle stehen die Forderungen für den Ausbau des Koalitionsrechts. Das freie Koalitionsrecht soll allen Arbeitern, inländischen wie ausländischen, gesichert und die Verhinderung der Ausübung des Rechts unter Strafe gestellt sein.

Sehr umfangreich ist dann die Liste der Forderungen der Gewerkschaften an die soziale Versicherung. Länder, die noch keine Versicherung gegen Krankheit, Berufsunfälle, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit eingeführt haben, sollten verpflichtet werden, dies in kürzester Zeit nachzuholen. Die eingewanderten Arbeiter sollen unter allen Umständen in der Sozialversicherung den einheimischen Arbeitern gleichgestellt sein.

Die tägliche Arbeitszeit soll für alle Arbeiter auf höchstens 10 Stunden beschränkt werden und nach Ablauf vereinbarter Fristen allmählich auf 8 Stunden verkürzt werden. Die Arbeitszeit in Bergwerken, ununterbrochenen Betrieben und besonders gesundheitsschädlichen Industrien soll von vornherein 8 Stunden nicht übersteigen dürfen, Nachtarbeit und Ausnahmen von der 36stündigen Sonntagsruhe sollen nur in wenigen, ganz bestimmten Ausnahmefällen gestattet sein.

Alle Gesetze und Verordnungen des Arbeiterschutzes sollen sinngemäß auch auf die Heimindustrie angewendet werden; auch die Sozialversicherung ist auf sie auszudehnen. Kindern unter 15 Jahren soll jede Erwerbstätigkeit international verboten werden. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren sollen täglich höchstens 8 Stunden beschäftigt werden und nach höchstens 4stündiger ununterbrochener Arbeitszeit eine einhalbstündige Ruhepause haben. Nacht-, Sonntags- und Untertagsarbeit der Jugendlichen ist zu verbieten.

Die Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten soll international begrenzt werden und Samstags Mittags um 12 Uhr endigen. Nachtarbeit ist zu verbieten. Die Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben soll allgemein untersagt werden. Als letzter Punkt endlich werden internationale Richtlinien für die Durchführung des Arbeiterschutzes entworfen, der durch wirksame Gewerbeaufsicht unter Mitwirkung der Berufsverbände gesichert werden soll. Als Organe für die Durchführung

des internationalen Arbeiterschutzes sollen die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Sitz Basel) und ihr Internationales Arbeitsamt ausdrücklich anerkannt werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund soll eine Vertretung in diesem Amt erhalten.

An der Konferenz nahmen die Vertreter der Staaten Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Finnland teil. Der Konferenz lagen außerdem noch die Beschlüsse der im Juli 1916 in Leeds abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaftsvertreter von England, Frankreich und Italien vor, die sich zum Teil mit den von uns hier wiedergegebenen Forderungen decken.

In längeren Ausführungen begründete daraufhin Legien die Abweichungen des von ihm vorgelegten Entwurfes. Er empfiehlt aber, eine Beratung darüber auszusetzen, bis auch die Gewerkschaften der heute nicht vertretenen Länder bereit sind, über reine Arbeiterfragen zu beraten, die mit der Schulfrage am Kriege, mit Ursachen und Ausgang des Krieges und mit den Friedensbedingungen nichts zu tun haben.

Diesem Vorschlage stimmen sämtliche Vertreter zu. Darauf unterbreitet der Vorsitzende der Konferenz, Lindquist (Schweden), namens der skandinavischen Delegierten eine Einladung zur allgemeinen internationalen Gewerkschaftskonferenz, die folgenden Wortlaut hat:

»Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm am 8. Juni 1917, zu der die Gewerkschaften in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Finnland Vertreter entsandt haben, hat Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz in Leeds vom Juli 1916 und von dem Entwurf der Friedensforderungen des I. G. B. genommen. Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt auf das Stärkste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in eine endgültige Beratung einzutreten. Sie beschließt daher, die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht ist. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz, nicht nach den Bestimmungen des I. G. B. nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierten von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber bei der Abstimmung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internatio-

nalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.

Mit brüderlichem Gruß

(folgen die Unterschriften sämtlicher Kongreßteilnehmer, voran diejenigen aus neutralen Ländern.)

In einem Zusatzantrage wird dann noch die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen möge, trotz aller Widrigkeiten des Krieges, die gewerkschaftliche Brüderlichkeit aufrecht zu erhalten. Ein Telegramm Jouhaux, Paris, begrüßt die Beschlüsse von Leeds im Juli 1916 als bedeutungsvolle Kundgebungen für die Interessen der organisierten Arbeiterschaft aller Staaten und als ein erfreuliches Zeichen, die durch den Krieg entstandene Entfremdung beseitigen zu wollen, während ein weiteres Telegramm an den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg die russischen Gewerkschafter für den 17. September nach der Schweiz einladet.

Lindquist dankt in seiner Schlußrede allen Teilnehmern der Konferenz und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die heute beschlossene Einladung dazu beitragen werde, die Fäden zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen der ganzen Welt wieder anzuknüpfen, und daß am 17. September in der Schweiz Vertreter aus allen Ländern begrüßt werden können.

Auch wir begrüßen die Aufstellung der internationalen Klassenforderungen der Arbeiter an die bevorstehende Friedenskonferenz mit großer Genugtuung. Hoffen wir, daß recht viel von diesen Forderungen durchgesetzt werden kann, damit die enormen Schäden, die der Krieg der Arbeiterschaft aller Länder gebracht hat, allmählich gelindert und schließlich gänzlich geheilt werden können.

Rundschau.

Lohn- und Teuerungszulagen: In *Aschaffenburg* erfolgte in der Firma *Aktien-Buntpapierfabrik* zu der bereits bestehenden Teuerungszulage von 10 Mk. für Verheiratete und für jedes Kind unter 13 Jahren von 2,50 Mk. und für Ledige von 6 Mk. pro Monat eine allgemeine Erhöhung der Grundlöhne bis zum Betrage von 3 Mk. pro Woche. — In *Brandenburg a. H.* bewilligte die *Blechemballagen-Fabrik Gerson* ihren Arbeitern erneut eine 10proz. Teuerungszulage. Bisher erhielten die Verheirateten 15 Proz., die Ledigen 10 Proz. — In *Braunschweig* gewährte die Firma *Westermann* ihren Kartographen eine wöchentliche Teuerungszulage von 4 Mk. — In *Essen* gewährt die Firma *Gradedt* jetzt ihrem gesamten Personal eine Teuerungszulage von 10 Proz.; außerdem erhalten die Verheirateten ohne und mit einem Kinde 5 Mk. monatlich und für jedes weitere Kind 5 Mk. extra. Als Lohnzulage ist allerdings nur 1 Mk. pro Mann und Woche bewilligt worden. — In *Frankfurt a. Main* sind die folgenden weiteren Teuerungszulagen zu verzeichnen: die Firma *B. Dondorf* bewilligte unseren Kollegen eine Lohnzulage von 15 Proz. Die Firma *Adelmann* bewilligte ihren beschäftigten Steindruckern je 8 Mk. Teuerungszulage pro Woche. — In *Karlsruhe* wurde im weiteren Verlauf einer allgemeinen Bewegung folgendes erreicht: Die *Kunstdruckerei Künstlerbund* zahlte eine einmalige Unterstützung von 5 bis 20 Mk. pro Kopf. Zu den vorjährigen Zuschlägen erfolgte ferner eine allgemeine Aufbesserung der Löhne und Erhöhung der Teuerungszulagen im Betrage von 2 bis 4 Mk. wöchentlich. Einmalige Zuwendungen machten ebenfalls in noch höherem Betrage die Firmen *Glodner* und *Rud. Mayer* (Chemigr. Anstalt). Letztere bewilligte ferner eine Lohnzulage von 2 Mk. wöchentlich. Die Firma *Geisenhörf* gab einem Kollegen 3 Mk. Lohnzulage und einem Kollegen 3 Mk. Lohnzulage und 3 Mk. Teuerungszuschuß pro Woche. Die Berichte von einigen Firmen stellen noch aus. — In *Kaufbeuren* bewilligte die Firma *Vereinigte Kunstanstalten* eine neue Zulage und zwar erhielten 14 Kollegen je 2 Mk. Teuerungszulage und je 1 Mk. Lohnzulage pro Woche, so daß jetzt die Gesamt-Teuerungszulage 4,70 Mk. pro Woche beträgt, zu der die Lohnzulage von 1 Mk. dazu kommt. — In *Würzburg* entschloß sich die Firma *H. Stürz A.-G.* zu einer Erhöhung der Teuerungszulagen. Der niedrige Betrag von monatlich 4 Mk. für Verheiratete und 3 Mk. für Ledige wurde in eine wöchentliche Zulage von 2 Mk. für Ledige und 3 Mk. für Verheiratete umgewandelt. Die Kinderzulage kam in Wegfall. — Ein durchaus ungenügendes Resultat! — Die Firma *J. M. Richter* strengte sich etwas mehr an und gab 3 Mk. für Ledige und 4,50 Mk. für Verheiratete wöchentlich, statt bisher 8 Mk. für Ledige und 10 Mk. für Verheiratete monatlich. Auch hier fiel die Kinderzulage fort. — Die Firma

Ferd. Borst gewährte erstmalig 2,50 Mk. pro Woche. — In *Schwefinfurt* gewährte die Firma *Blasius & Sauer*, Nachfolger, den Lithographen und Steindruckern eine 10proz. Lohnzulage und außerdem 5 Mk. für Ledige und 10 Mk. für Verheiratete als monatliche Teuerungszulage. — In *Zittau* bewilligte die Firma *Schiemann & Co* ihren zwei beschäftigten Steindruckern eine zweite Teuerungszulage von je 2 Mk. wöchentlich.

Besondere lokale Kriegszuschläge. Die Mitgliedschaft Berlin des Deutschen Buchdruckerverbandes wollte sich mit der letzten tariflich erfolgten Regelung der Teuerungszulagen, über die wir unter Rundschau in Nr. 20 der »Graphischen Presse« berichteten, nicht zufrieden geben. Sie verlangten für Berlin wesentlich höhere Zulagen. Nach längeren Verhandlungen, denen lebhaftere Auseinandersetzungen in Gehilfen-Versammlungen und in der Presse nebeneher liefen, bewilligten die Prinzipale einen besonderen lokalen Kriegszuschlag von 3,50 bis 5.— Mk. soweit dadurch der Gesamtlohn von 53 Mk. für Verheiratete und 51,50 Mk. für Ledige nicht überschritten wird. Berechnende Gehilfen erhalten dieselbe Zulage wie die Gehilfen im festen Wochenlohn. In dem Bericht über die Berliner Generalversammlung, die den besonderen Vereinbarungen zustimmte, wird dazu gesagt: »Mit diesen Vereinbarungen sei von der Prinzipalität zugestanden, daß einem verheirateten Gehilfen nicht weniger als 50 Mk., einem ledigen nicht unter 48,50 Mk. pro Woche gezahlt werden dürfe. Dieses Resultat möge nicht überall befriedigen, doch müsse sich die Kollegschaft vorläufig damit abfinden.«

Sichert die Kleingärten! Die Kriegsverhältnisse haben bekanntlich eine ungemein starke Entwicklung des Kleingartenwesens zeitweilig und überhaupt den Hunger der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land, das sie selber bebauen kann, in weitem Umfange geweckt. Es ist aber zu erwarten, daß diese Nachfrage der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land auch nach Friedensschluß andauern wird. Schon die hohen Lebensmittelpreise und die Lebhaftigkeit des nun einmal erwachten Wunsches nach Leben und Tätigkeit im Freien werden dafür sorgen. Andererseits werden aber die Schranken, die einer rücksichtslosen Preisausnutzung des in Frage kommenden Landes durch die Eigentümer jetzt noch entgegenstehen, mit Friedensschluß zum großen Teile fallen. Vielfach sind Pachtverträge mit niedrigen Preisen für die Kriegsdauer abgeschlossen, die dann hinfällig werden, und ganz allgemein wird dann der moralische Zaum fallen, den jetzt noch der Ernst des Krieges der Preistreiber anlegt. Es ist also dringende Gefahr vorhanden, daß nach Kriegsende große Preiserhöhungen des für die städtische und gewerbliche Bevölkerung benötigten gärtnerischen und landwirtschaftlichen Geländes eintreten; daß sich eine lebhaftere Spekulation entwickelt und daß die jetzigen schönen Anfänge durch eine unheilvolle Entwicklung in der Zukunft wieder weggespült werden. Das darf aber natürlich nicht geschehen und dagegen muß jetzt schon Vorsorge getroffen werden. Abhilfsmittel stehen ja auch mancherlei zur Verfügung, z. B. die dauernde Überführung von möglichst viel Land durch Ankauf usw. in öffentliche und gemeinnützige Hände, planmäßige Vereinbarungen mit den Eigentümern über Preise und Verpachtung des Landes usw. für längere Zeit durch die Gemeindeverwaltungen und andere Stellen von Einfluß und Erfahrung, ebenso auch Verpachtung größerer Landflächen durch die Gemeinden auf längere Zeit. Auch die dauernde Aufnahme der Kleingartenkolonien in die Bebauungspläne und überhaupt die entsprechende Gestaltung der Bebauungsbestimmungen ist berufen, eine Rolle zu spielen. Endlich kommen auch die Festsetzung von Höchstpreisen und dergl. auf Grund vom Bundesrat in der Kriegszeit erlassenen Verordnungen in Betracht. Auf alle Fälle muß beizeiten ein Damm errichtet werden, um das so schon begonnene Werk der Wiederernährung der städtischen und gewerblichen Bevölkerung an den Boden zu sichern und ihm eine weitere Entfaltung möglich zu machen.

Wer hungert uns aus? Die Antwort auf diese Frage, so schreibt ein Leser der »Rheinischen Zeitung«, mag sich jeder selbst geben, wenn er sich diese Tatsache vergegenwärtigt: Zitronen, die nicht in Deutschland wachsen, sondern uns von unzuverlässigen Neutralen geliefert werden, vielleicht aber auch aus feindlichen Ländern stammen, kosten heute das Stück 15 Pf., das Pfund etwa 60 Pf. Apfel, und zwar keineswegs hervorragende Sorten, Früchte, die unzweifelhaft in den deutschen Obstgärten gewachsen sind, kosten 2 bis 4 Mk. das Pfund, also 200 bis 400 Mk. der Zentner, während in Friedenszeiten die besten Sorten um etwa den zehnten Teil dieser Summe zu haben waren. Daß die ausländischen Zitronen verhältnismäßig noch billiger sind und die deutschen Apfel so ganz unverhältnißmäßig teuer, sind auch daran die Engländer schuld?

Das Abmähen des Roggens als Grünfütter hört trotz der strengen Verbote nicht auf. Wenn man mit der Bahn durch das Land fährt, sieht man mit Entsetzen, wie große Flächen der Brotfrucht als Viehfutter Verwendung finden. Daß dieses Jahr das Getreide noch mehr geschützt werden muß als früher, ist wohl jedem klar. Um

so bedauerlicher, wenn trotzdem noch diese verbrecherische Rücksichtslosigkeit mit unserer Brotfrucht geduldet wird! Wer Roggen abmäht, um ihn dem Vieh vorzulegen, müßte mindestens so streng bestraft werden wie ein Landesverräter. Nur ausnahmsweise sollte es aber nur nach Erlaubnis eines Sachverständigen gestattet sein, und auch nur dann, wenn triftige Gründe vorliegen. I. K.

Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

II.

Ein besonderer Programmpunkt der Kriegsbeschädigten-Vereinigung ist die Bildung von »Arbeitsgenossenschaften für Heimarbeiter«. Blinde und andere schwer Beschädigte, die als Bürstenbinder, Stuhl- und Korbflechter oder sonstige Heimarbeiter ausgebildet wurden und die neue Erwerbstätigkeit nunmehr selbständig betreiben, sollen bei der Beschaffung von Rohmaterialien unterstützt werden wie auch bei der Auffindung von Absatzquellen, und zwar in der Weise, daß kriegsbeschädigte Kaufleute oder andere federgewandte Kameraden die notwendigen Schreibereien unentgeltlich für sie besorgen. Bedarf es dazu einer besonderen Vereinigung? Die für Privatkundschaft arbeitenden Kleinhandwerker lassen sich ihre Rohmaterialien vom Lager holen oder schicken; was nicht telephonisch erledigt werden kann, das wird persönlich oder schriftlich von den Angehörigen besorgt, ohne erst den gelegentlichen Besuch eines Kameraden abzuwarten. Befinden sich an einem Orte mehrere solcher Heimarbeiter der gleichen Branche, so daß sie sich genossenschaftlich vereinigen können, dann haben wir in unseren Konsumvereinen die gegebenen Absatzquellen. Die in einem Arbeitsverhältnis stehenden Heimarbeiter aber müssen die Mitgliedschaft in ihrer gewerkschaftlichen Organisation fortsetzen oder aber der für sie zuständigen Organisation beitreten, um ihre Berufsinteressen in jeder Weise gewahrt zu wissen. Die einzelne Berufsorganisation kann dies natürlich weit wirksamer, als es einer Organisation der Kriegsbeschädigten für die Arbeiter und Angestellten der verschiedensten Berufe beim besten Willen möglich sein würde. Bei dieser Gelegenheit seien die weniger sattelfesten kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitglieder auf den Nachteil hingewiesen, der ihnen aus der Preisgabe ihrer Mitgliedschaft erwächst. Bauen sie auf all die Versprechungen, die ihnen die Kriegsbeschädigtenvereinigung macht, dann können sie leicht zu dem Glauben verleitet werden, durch den Anschluß an dieselbe, bei einem Monatsbeitrag von 50 Pf. ihre Interessen vollauf gewahrt zu sehen. Unterlassen sie es deshalb, ihre Mitgliedschaft im Verband fortzusetzen, so begeben sie sich damit aller bisher erworbenen Rechte, auf die sie auch beim Übertritt zu einer anderen gewerkschaftlichen Organisation, die für ihre neue Erwerbstätigkeit zuständig ist, Anspruch haben. Kommen sie hinterher zur Einsicht, daß die Zugehörigkeit zur Kriegsbeschädigtenorganisation ihnen nichts bieten kann, sondern der Anschluß an ihren Verband nach wie vor notwendig ist, dann können ihnen die infolge der früheren Mitgliedschaft erworbenen Rechte nicht mehr eingeräumt werden.

Die Hilfe für kranke Kriegsbeschädigte, die ebenfalls als Aufgabe der Sonderorganisation bezeichnet wurde, kann diese ebensowenig direkt leisten, als die Gewerkschaften es tun könnten. Es kann sich da lediglich um gelegentliche Besuche handeln und um etwaige Vermittlung der notwendigen Hilfeleistungen. Die Familienangehörigen der Kranken aber werden in den wenigsten Fällen darauf warten können, bis ein Beauftragter vom Kriegsbeschädigtenverein Zeit hat, einen Besuch zu machen. Sie werden selber bemüht sein, die nötige Hilfe zu schaffen und soweit es notwendig ist, sich hierzu Auskunft zu holen oder Besuche führen, wozu ihnen das Geschäftszimmer des Verbandes oder des Arbeitersekretärs jeden Tag offensteht.

Auch zur Gesundheitspflege der Kriegsbeschädigten, die einen weiteren Programmpunkt der Vereinigungen bildet, bedarf es solcher nicht. Was dazu notwendig ist, wie z. B. die öffentlichen Schwimmbäder den Amputierten zu bestimmten Stunden ausschließlich zur Verfügung zu stellen, kann ohne Sonderorganisation geschehen. Schließlich will der Kriegsbeschädigtenverband noch sogenannte Landabteilungen schaffen. Soweit der beabsichtigte Zweck, den Mitgliedern bei der Pachtung eines Stückchen Kartoffel- und Gemüselandes und dem Bedarf zu Gessen Bestellung und Bearbeitung behilflich zu sein, nicht innerhalb der zahlreichen bestehenden Vereine und gemeinnützigen Vereinigungen erreicht werden kann, steht auch hier der Förderung billiger Anforderungen durch die Vertrauensmänner der Arbeiter- und Angestelltenschaft in den Gemeindevertretungen nichts im Wege.

Weiter ist die Einrichtung eines Unterstützungsfonds beabsichtigt. Der Ansammlung eines solchen fonds Heranziehung weiterer Kreise stehen behördliche Schwierigkeiten im Wege, während sich aus Mitgliederbeiträgen ein nennenswerter Fonds im Verhältnis zu den Ansprüchen nicht schaffen läßt, ohne die Mitglieder allzu sehr zu belasten.

Jedenfalls steht dieser Fonds einstweilen erst auf dem Programm als ein Werbemittel für den Verband. Ohne die gute Absicht der Gründer desselben anzuzweifeln, muß doch gesagt werden, daß es von ihren Plänen ein weiter Weg ist zu ihrer Verwirklichung. Alle die Einrichtungen, die hier erst geschaffen werden sollen, haben die kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitglieder bereits in ihren Organisationen zur Verfügung.

Kurzum, eine wirtschaftliche Sonderorganisation von Kriegsbeschädigten ist ebenso überflüssig, als die gewerkschaftliche Organisation für die noch irgend erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten notwendig ist. Suchen die Kriegsbeschädigten ihre Interessen durch Sondervereinigungen zu vertreten, laufen sie Gefahr, daß ihre Anforderungen als einseitig, übertrieben und unberechtigt abgewiesen werden. Anders, wenn sie ihre Berufsorganisation mit der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen betrauen. Hier hat ihre Stimme von vornherein ein ganz anderes Gewicht und findet leichter den nötigen Wiederhall. Und wenn die Verhältnisse es mit sich bringen, daß die Gesamtheit der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gemeinsam für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten eintreten muß, dann ist der Erfolg ein ungleich größerer und nachhaltiger, als ihn ein Delegiertentag der Kriegsbeschädigtenvereinigungen erzielen könnte.

Die Kriegsbeschädigten sollen und müssen selber mitwirken an der Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen, ohne daß sie sich dabei auf sich allein verlassen und die Mitwirkung ihrer gesamten Berufsgenossen ausschlagen dürfen. Sie können es in einer Sonderorganisation nicht allen Parteien recht machen, ohne es schließlich mit allen zu verderben. Sie müssen sich auf ihre bisherigen Organisationen stützen, die in jeder Weise bereit und bemüht sind, sich ihrer kriegsbeschädigten Mitglieder gehörig anzunehmen. Aber auch für die Gewerkschaftskartelle wird es selbstverständlich sein, die ihnen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge erwachsenden Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen. *ez.*

Die drohende Kohlennot des Winters.

Die traurigen Erfahrungen der letzten Kälteezeit lassen trotz der jetzigen sommerlichen Wärme die Sorge um den Brennstoffbedarf des kommenden Winters nicht verstummen. Trotz der Knappheit im eigenen Lande geht Kohle in nicht unerheblichen Mengen ins Ausland. Diese Ausfuhr ist indessen notwendig für die Munitionsindustrie unserer Verbündeten und für die Deckung der Lebensbedürfnisse der Neutralen. Es bleiben als Hilfsmittel vermehrte Förderung und verminderter Verbrauch. Die Steigerung der Produktion hängt von der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte ab. Die Heeresleitung wird eindringlich gebeten werden müssen, alle Bergarbeiter, die an der Front irgend abkömmlich sind, zur Arbeit zu beurlauben. Daneben wird aber die Regelung des Verbrauchs schon jetzt durch eine gründliche Ordnung vorbereitet werden müssen. Statt, daß sich die Städte große Kohlenvorräte anlegen, decken sich eintweilen die reichen Leute mit riesigen Kohlenmengen ein. Die Verbrauchsbeschränkung wird in erster Reihe Kirchen, Theater, Konzertsäle, Cafés und ähnliche starke Kohlenverbraucher treffen müssen. Der Reichstag wird sich in seiner Sommertagung die Gewißheit verschaffen müssen, daß auf diesem Gebiet nichts versäumt wird.

Immerhin bleibt die Schwierigkeit der Kohlenfrage groß und drückend. Unter diesen Umständen muß wahrhaft sensationell die Mitteilung des fortschrittlichen Landtagsabgeordneten für Frankfurt a. M., Dr. Heilbrunn, in der dortigen Stadtverordnetenversammlung wirken, daß das Kohlen-syndikat absichtlich die Produktion hemme, um dem Reichskanzler seine Unzufriedenheit mit dessen innerer und äußerer Politik zu zeigen. Bedauerlicherweise hat Heilbrunn die Tatsachen, die ihm bekannt geworden sind, nicht genau angegeben, sodaß sich seine Behauptungen einstweilen nur wiedergeben, nicht nachprüfen läßt. Seiner Forderung, daß der Deutsche Städtetag die unverzügliche Einführung einer gemeinwirtschaftlichen Organisation für den gesamten Kohlenbergbau und die gesamte Kohlenversorgung bei der Regierung beantragen soll, müssen wir uns jedenfalls mit allen Nachdruck anschließen. Bei der Kohlensteuer hat der Reichstag, bei der Wiederherstellung des Zwangssyndikats und dem Ankauf der Hibernia der preußische Landtag trotz aller Mahnung der sozialdemokratischen Abgeordneten, insbesondere Otto Hues, nicht den kleinsten Schritt dazu getan, dem Volke sein Recht auf diesen wichtigsten Naturschatz des deutschen Landes wiederzugeben. Nun ist es dazu höchste Zeit und Gefahr in Verzuge.

Über das Verhalten des Kohlen-syndikats wird eine genaue Untersuchung notwendig sein. Ist an Heilbrunns Angaben auch nur das Geringste zutreffend, so gehören seine Leiter als Landesvertreter ins Zuchthaus. In solchem Falle muß rück-sichtslos Klarheit geschaffen und nötigenfalls zugepackt werden. Davon ganz unabhängig muß das Reich für genügende Kohlenförderung und gerechte Kohlenverteilung sorgen. Bei Deutschlands reichen

Kohlenschatzen dürfen wir nicht wieder frieren müssen.

Die 45jährigen hinter der Front!

Über einen Erlaß des Kriegsministeriums, wonach Leute, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, hinter die Front zurückgenommen werden sollen, herrscht noch vielfach Unklarheit. In einer Zuschrift, die das preußische Kriegsministerium in dieser Angelegenheit an den Abg. Müller-Meinigen gerichtet hat, erfährt der Erlaß folgende Auslegung:

1. Nach dem Kriegsministerialerlaß vom 19. Dezember 1916 sind diejenigen Landsturmlaute von 45 Jahren und darüber aus der »vordersten Linie« zurückzuziehen, die sich mindestens sechs Monate in dieser befunden haben. Unter der »vordersten Linie« sind die am Kampfe unmittelbar teilnehmenden Truppen zu verstehen, im allgemeinen also die zum Kampf im Schützengraben einsetzende Truppe, die Batterien und die im Kampf unmittelbar mitwirkenden Hilfswaffen (Pioniere, Minenwerfer usw.). Nicht darin einbegriffen sind aber alle rückwärtigen Formationen, wie Kolonnen (auch Munitionskolonnen), Etappentruppen, Armierungstruppen usw. Hierdurch erledigen sich die meisten an Sie gerichteten Wünsche und auch die Frage, wie die geforderte sechsmonatige Dienstzeit in vorderster Linie zu verstehen ist. Zweifel darüber, was unter vorderster Linie zu verstehen ist, sind bei den Truppenteilen noch nirgends zur Sprache gebracht worden.

2. Der Weg, den die Leute einzuschlagen haben, falls sie glauben, noch zu Unrecht an ihrer Stelle festgehalten zu werden, ist der, daß sie sich an ihre Vorgesetzten wenden. Anscheinend glauben viele Leute, wenn ihrem Wunsch nicht sofort Rechnung getragen wird, es sei dies ein Mangel an Fürsorge seitens ihrer Vorgesetzten, während diese nach der oben angeführten Bestimmung sie nicht entlassen dürfen. Sollte trotzdem irgendwo den Bestimmungen nicht entsprochen werden, so kann dem von seiten des Kriegsministeriums nur nachgegangen werden, wenn die Truppenteile genannt werden. Wo dies geschehen ist, wird das Kriegsministerium die erforderlichen Feststellungen veranlassen.

3. Die Ablösung der alten Jahrgänge in dem oben angeführten Rahmen ist nahezu durchgeführt. Im Monat Februar waren es noch rund 1000 Mann, deren Ablösung mangels Ersatzes noch nicht durchgeführt war. Die weitere Ablösung ist seitdem im Gange; es handelt sich also um eine geringe Zahl von Fällen, in denen tatsächlich ein Anspruch auf Ablösung besteht.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Die Lohnverhältnisse der Lithographen und Steindrucker Berlins.

Die organisatorischen Verhältnisse verhindern leider während des Krieges die Aufnahme einer allgemeinen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Trotzdem versuchen wenigstens einige Großstädte in dieser Zeit genaueren Einblick in die Berufsverhältnisse zu bekommen. Wir wollen heute einige Zahlen bekannt geben, die aus einer Umfrage der Verwaltung in Berlin vom 1. April 1917 gewonnen sind. Die Mitgliederzahl betrug an diesem Tage in den Filialen der Lithographen und Steindrucker zusammen 536, darunter 403 Steindrucker und 133 Lithographen. Beantwortet haben den Fragebogen 334 Kollegen, darunter 250 Steindrucker, 84 Lithographen, in Prozenten ausgedrückt 62,0 Steindrucker und 63,1 der Lithographen. Die Antworten von 17 Steindruckern und 19 Lithographen, die außer Beruf arbeiten, wurden bei den Berechnungen ausgeschieden.

Der Durchschnittslohn betrug nach der Statistik von 1913 bei 1071 Steindruckern 33,86 Mk. Bei den 228 Steindruckern, die den Fragebogen jetzt beantwortet haben, betrug der Durchschnittslohn vor Kriegsausbruch 35,81 Mk., am 1. April 1917 dagegen 45,50 Mk. Die Steigerung beträgt 9,69 Mk. pro Woche oder durchschnittlich 27,06 Prozent. Der allgemeine Durchschnittslohn betrug 1913 bei 487 Lithographen 33,87 Mk. Die 65 Lithographen dieser Aufnahme hatten vor Kriegsausbruch einen Durchschnittslohn von 36,20 Mk., dagegen am 1. April 1917 von 44,80 Mk. Die Steigerung beträgt 8,60 Mk. pro Woche oder durchschnittlich 23,75 Prozent.

Außer dieser Lohnsteigerung erhielten 125 Steindrucker eine Teuerungszulage von 2 bis 13 Mk. pro Woche, oder im Durchschnitt 5,53 Mk. Die höchste Lohnverbesserung betrug 27,50 Mk. pro Woche.

Von den Lithographen erhielten außer der Lohnsteigerung noch 37 Kollegen eine Teuerungszulage von 1,50 bis 10,50 Mk. pro Woche, oder im Durchschnitt 3,93 Mk. pro Woche. Die höchste Lohnverbesserung betrug 16,50 Mk. 5 Steindrucker und 8 Lithographen hatten denselben Lohn, wie vor dem Kriege. Die Gründe hierzu sind auf dem Fragebogen nicht vermerkt worden.

Wenn auch diese Zusammenstellung, wie alle derartigen Arbeiten während des Krieges, Lücken und Mängel aufweist, so bekommt man doch ein ungefähres Bild der Verhältnisse. Leider lehnten die Kollegen in einer großen, gutbezahlenden Anstalt aus mißverstandener Eigeninteresse die Ausfüllung der Fragebogen ab, wodurch der berechnete Durchschnittslohn heruntergedrückt wurde. Der Lohn eines guten Maschinenmeisters beträgt jetzt rund 60 Mk. pro Woche. Für einen guten Um-drucker werden 55 Mk. Lohn gezahlt. Diese Löhne sind aber nicht als Arbeitsverdienste zu betrachten, sie gelten nur für die übliche Arbeitszeit. Darüber hinaus ist die Zahl der Überstunden infolge des Mangels an Arbeitskräften sehr groß. Zum Teil sind die Prämien in den Berliner Chromoanstalten verschwunden, aber andere Arten von Gratifikationen bestehen immer noch. Durch diese Bezüge sind die Verdienste wesentlich höher als die genannten Löhne. Ferner wird der Durchschnittslohn gedrückt durch einige Anstalten, wo die Kollegen Jahrzehnte sitzen und nicht den Mut zur Verbesserung ihrer Lebenslage aufbringen können.

Die rund 40 Prozent der Kollegen, die von der Statistik nicht erfaßt worden sind, arbeiten in der großen Mehrzahl außer Beruf und haben vielfach die Löhne der Rüstungsarbeiter. Zu bedauern ist nur, daß trotz der dort erzielten höheren Verdienste manche Kollegen inzwischen ihre Mitgliedschaft verbummelt haben. In der Zeit des Ernährungsschwinds und des Wuchers hat das Solidaritätsgefühl des Arbeiters gelitten und die egoistischen Instinkte haben sich wieder hervorgewagt. Es sollte deshalb jede Gelegenheit zur mündlichen Agitation benutzt werden, um diese Kollegen an ihre Pflicht zu erinnern. Mögen diese wenigen Zahlen unseren Kollegen im Felde die veränderten Verhältnisse zeigen und sie veranlassen, vor Arbeitsantritt, sei es infolge einer Reklamation, sei es nach der Entlassung, beim Verbands die notwendigen Erkundigungen einzuziehen. Aber auch die noch im Berufe beschäftigten Kollegen mögen aus den Zahlen die richtige Nutzenanwendung ziehen. *jh.*

Graphische Technik.

Nachträglicher Eindruck in lagernde Auflagen.

In der Etikettenbranche, auch beim Postkartendruck, ebenso in der früher blühenden Blankoplatkatbranche, für deren Niedergang es tatsächlich nicht schade ist, auch bei anderen Spezialitäten, wenn auch seltener, kommt ein nachträglicher Eindruck, namentlich von Texten, nicht selten vor. Für den, der damit vertraut ist, und soweit es sich um noch unzerschnittene Bogen handelt, ist die Sache ziemlich einfach. Schwieriger ist sie für den Unkundigen, der derartiges nur selten macht oder kann, wenn es sich um Bogenstücke handelt, oder wenn mehrere Farben passend nachgedruckt werden sollen. Das ganz exakte Passen des neuen Druckes mit dem bereits bestehenden ist praktisch nicht zu erreichen, da sich die gedruckten Bogen ziemlich erheblich und ungleichmäßig verändern.

Der erste einfachste Fall: In eine bereits gedruckte Auflage soll ein Eindruck gemacht werden, der nicht exakt zu passen braucht. Die Sache vollzieht sich ihm wesentlich in der gleichen Weise wie beim regulären Auflagedruck. Um keinen unnützen Ausschub beim Einpassen zu machen, verschafft man sich einige Ausschubbogen der gleichen Auflage. Sind diese nicht zu erhalten, dann verfährt man auf folgende Weise: Man nimmt einen Bogen der Auflage und klebt über ihn einen Bogen dünnes Papier, so zwar, daß dieser nur an den freien Rändern mit ein paar Gummistücken befestigt wird. An der Greifer- und seitlichen Anlagekante darf der Bogen nicht überstehen. An den Stellen, wo sich die Einpaßkreuze befinden, schneidet man den darübergeklebten Bogen aus, daß diese Kreuze sichtbar werden. Man läßt nun den so vorbereiteten Bogen durch die Maschine und schraubt die Druckplatte entsprechend. Dann werden die neu eingedruckten Kreuze mit einem Radiergummi entfernt und der Bogen wiederum gemacht und das gleiche wiederholt sich, bis die Kreuze passen. Dann wird der aufgeklebte Bogen entfernt und der Druckbogen ist brauchbar geblieben, da auf ihn durch das Zukleben kein Eindruck erfolgen konnte.

Handelt es sich um bereits zerteilte Bogen, dann muß man sich schon vor Herstellen des Überdruckes vergewissern, welche Seiten der Teilbogen als Anlage am günstigsten sind. Dies läßt sich an einem Beispiel schwer erörtern. Zweckmäßig ist immer, wenn sich Überdrucker und Maschinenmeister vorher eingehend verständigen. Vor allem ist darauf zu achten, daß etwa noch am Teilbogen vorhandene Seiten, die vorher als Greifer- und Seitenanlage gedient haben, wieder als Anlage benutzt werden, soweit dies immer möglich ist. Es ist das hinsichtlich des Passens ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Wo dies nicht zugänglich ist, sei es, daß die früheren Anlagekanten weggeschnitten sind oder daß es das jetzige Format des Bogens nicht zuläßt, benutze man möglichst Schneid-

kanten zur Anlage, da diese immerhin noch den genauesten Passer gewährleisten. Lieber lasse man geringe Greifereindrücke zu, die man größtenteils durch nachheriges Satinieren wieder unsichtbar machen kann. Zu vermeiden sind, wenn es eben irgend angeht, hintere und der ehemaligen Seitenanläge gegenüberliegende Kanten, da es unmöglich ist, das Papier von der Rolle auf den Bogen voll's ändig gleich groß zu schneiden. Die hierbeif entstehenden Differenzen sind manchmal sehr erheblich und betragen oft 1 cm und mehr, und das kommt sogar bei sogenannten unpassenden Arbeitern ganz gehörig in Betracht.

Wenn mehrere Farben nachgedruckt werden sollen, so ist eigentlich weiter nichts zu beachten, als daß genau angelegt wird und daß bei der ersten Farbe, weil eine sichere Kontrolle des Anlegens fehlt, die Druckplatte möglichst festgeschraubt wird.

Größere Schwierigkeiten bieten sich oft dann, wenn die Bogenstücke sehr klein sind. Sie dann auf einer großen Schnellpresse einzudrucken, zumal wenn es nur eine kleine Anzahl ist, ist meist unwirtschaftlich; man wird in diesem Fall am besten an die Handpresse gehen. Wo aber Monopol-, Noris- oder dergl. kleine Maschinentypen vorhanden sind, leisten sie meist in solchen Fällen sehr wertvolle Dienste. Auch Buchdruckriegel können da, wo es sich lediglich um Schrift handelt, deren Charakter keine wesentliche Rolle spielt, mit Vorteil benutzt werden. Das sind alles Angelegenheiten, die der Praktiker nach Lage der Dinge von Fall zu Fall entscheiden muß. Wenn aber solche ungünstigen Formate dort auf einer größeren Schnellpresse gedruckt werden müssen, dann muß man vorher (d. h. bevor der Überdruck gemacht wird) Klarheit über den Anlagemechanismus haben, wie die Markenfedern und Zungen sich seitlich verschieben lassen und wie die Einschnitte im Vorgeifer liegen. Bei neueren Maschinen ist es ziemlich leicht, Umstellungen vorzunehmen, da diese Maschinen in allen Teilen zugänglicher gebaut sind. Bei älteren Maschinen ist das meist nicht so. Deshalb ist es am besten, man überlegt in solchen Fällen, ob es nicht zweckmäßiger ist, den Überdruck gleich etwas mehr oder weniger nach einer Seite, am besten der der Seitenmarke zugekehrten zu legen. Man wird sich dadurch oft manche Mühe und sicher viel Zeit hinsichtlich der Markenstellung ersparen. Trotzdem steht man manchmal vor der scheinbaren Unmöglichkeit, die Anlage richtig funktionierend fertig zu bringen. Und trotzdem, es muß dennoch gehen. Z. B. man hat nur eine Vordermarke, da sich die andere wohl weit genug herüberbiegen läßt, aber der Vorgeifer hat an der betreffenden Stelle keinen Ausschnitt für die Zunge. Entweder ohne Vorgeifer arbeiten und den Bogen bis zum Zufassen der Greifer durch die Anlegerin halten lassen oder man klebt ein Stückchen Glanzpappe mit Fischleim vorn am Zylinder auf, in gleicher Höhe mit der Markenfeder, dann ein kleineres Stückchen etwas überstehend darüber. Dieses kleinere Stück soll gewissermaßen die fehlende Schließzunge an der Marke ersetzen. Gewiß ist das Anlegen unter diesen Umständen einigermaßen erschwert, deswegen soll nur eine durchaus zuverlässige Person in diesem Ausnahmefall das Anlegen besorgen. Das gleiche kann bei der Seitenmarke eintreten, nur liegt hier der Fall insofern wesentlich einfacher, weil sich eine Seitenmarke viel leichter auf Hausmacher anbringen läßt. Oft genügt schon ein in den Tisch getriebener kleiner Nagel, wenn der Tisch keine Metallverkleidung hat oder überhaupt aus Metall besteht. Ist letzteres der Fall, dann kann man sich wieder sehr gut helfen durch Aufkleben von Pappstücken in der bereits erwähnten Art. Alle möglichen Vorfälle hier zu erwähnen, ist nicht denkbar. Die angeführten Fälle mögen genügen zum Nachdenken für die Praxis. a. b.

Feuilleton.

Einführungen in die bildende Kunst.

II.
Georg Jakob Wolf führt auch im dritten Bändchen in das Leben und Wirken des lebensfrohen Gestalters des Wiener Biedermeiertums *Ferdinand*

Georg Waldmüller ein. Feine Naturbeobachtung und die Fähigkeit, das Gesehene mit dem Pinsel graziös zu schildern, ohne dabei sonderlich in die Tiefe zuzuführen, das sind die wesentlichen Merkmale von Waldmüllers Kunst. Er wußte die gravitätischen Herren, die lachendannütigen Frauen und Mädchen seiner Vaterstadt meisterlich auf die Leinwand zu bringen: fest und resch, aber ohne sonderliche Innerlichkeit und Herzenswärme, wie es dem genau- und sinnenspreudigen biedermeierlichen Wien entsprach. Die 24 Abbildungen der bedeutungsvollsten Gemälde Waldmüllers veranschaulichen augenfällig diese Besonderheiten seiner Kunst. Im Textteil läßt der Herausgeber den Künstler selbst das Wort nehmen zu einer aufrichtigen Darstellung seines schicksalsreichen Lebensganges, seiner künstlerischen Entwicklung und seiner erzieherischen Pläne.

Der Verfasser der Einführung zum Spitzwegbuche Hermann Uhde-Bernays führt auch im vierten Bändchen in das Leben und die Kunst *Anselm Feuerbachs* ein, von dem er zutreffend sagt, daß er in streng persönlicher Weiterbildung, nicht in unselbständiger Wiederholung, allein sie der bildenden Kunst die glorreiche Tradition unserer Klassiker aufrecht erhielt. Die edle Linie, die vornehme Ruhe und Abgeklärtheit seiner Malkunst kommt in den Abbildungen von 24 sorgfältig ausgewählten Bildern des Meisters zum klaren Ausdruck, unter denen besonders jene kleineren, malerisch überaus feinen Stücke für den Abdruck bevorzugt wurden, die Feuerbach neben seinen Monumentalgemälden geschaffen hat und die uns mehr den Künstler im Hausrock zeigen. Den intimen Feuerbach zeigt uns auch die Auswahl der Briefe an seine Mutter, die in das Büchlein aufgenommen wurde.

Als nächster in der Reihe folgt der Dresdner *Ludwig Richter*, der durch 29 Abbildungen und eine Auswahl aus seinen Lebenserinnerungen eines deutschen Malers' unsre Herzen mit Beschaulichkeit und Erbaulichkeit erfüllt. Die gemühtiefe, schlicht-lebenswürdige, mild-heitere und still-geruhame Art des Zeichners der kleinen Welt, des Glücks im Winkel, der die Poesie des deutschen Hauses mit ganzer Seele erfaßt und durch seinen Zeichenstift zum Tönen und Klingen in den Herzen der Beschauer seiner Blätter gebracht hat, wird in den Abbildungen und Tagebuchaufzeichnungen vor uns lebendig. Bild und Wort, die zu einer Einheit verschmelzen, lassen auch die Gestalt des Meisters in ihrer harmonischen Geschlossenheit und Abgeklärtheit vor unserm geistigen Auge stehen. Und Georg Jakob Wolf trägt auch hier das seine mit dazu bei, um uns das Wesen dieses echten deutschen Malers restlos zu erschließen.

Ein Münchner leitete die ganze Folge ein, ein Münchner schließt sie auch ab: *Adolf Oberländer*, der Zeichner-Humorist, der heitere und erheiternde Gestalten von Menschen und Tieren in ihren lustigen Absonderlichkeiten. In der Schwarzweißkunst hat uns sein Zeichenstift eine unübersehbare Fülle köstlicher Gaben beschert — seit einem halben Jahrhundert ist Oberländer für die »Fliegenden Blätter« tätig —, aber auch in der großen Kunst schenkte uns sein Malerpinsel viele von seinem sonnigen — im Grunde tiefsten — Herzenshumor erfüllte Werke. Aus dieser Fülle sind 31 der besten Zeichnungen und Bilder ausgewählt und in das Büchlein aufgenommen worden, das ebenfalls von Jakob Wolf in einer sowohl dem Zeichner als auch dem Maler voll gerecht werdenden Weise eingeleitet und durch gedankenreiche Aphorismen Oberländers ergänzt wird.

Der gute Kern jedes Büchleins ist auch in eine schöne Schale gefaßt; Emil Pretorius hat für die Sammlungen Umschläge entworfen, die in Zeichnung und Farbenwahl vortrefflich sind. Man sehe sich nur die Bändchen über Spitzweg (hellblau, schwarz und rot auf kräftig-gelbem Grunde mit der Silhouette des Künstlers) oder Richter (blau, violett und grün auf graubraunem Grunde mit dem Schattenriß des hornrutenden Nachtwärters) daraufhin an. Jedes Bändchen kostet 70 Pfg., die ganze Folge in einem hübschen Gedenkalbum vereint 5 Mark, ein Preis, der im Hinblick auf den trefflichen Inhalt mit seinem reichen Bildschmuck und die geschmackvolle Ausstattung auch den Freunden der bildenden Kunst in der Arbeiterschaft nicht

als zu hoch erscheinen wird. Jedenfalls kann die Sammlung der Arbeiterschaft in jeder Hinsicht empfohlen werden. Jeder, der sich die ganze Folge oder einzelne Teile der Sammlung zulegt, wird sich dadurch eine Fülle der Belehrung und Anregung und eine Quelle zum Verständnis der bildenden Kunst und seinen künstlerischen Genießens erschließen. Fast alle bisher erscheinenden Bändchen atmen sonntige Klarheit und geruhame Beschaulichkeit. Hoffentlich wird die Sammlung auch auf die Stürmer und Dränger in der deutschen Malerei nicht weitergeführt. Sie wird dadurch dazu mitwirken, daß immer mehr Menschen mit hundert Augen sehen und die Welt mit tausend Herzen erfüllen lernen. *Paul Barthel.*

Vom Büchertisch.

Die soziale Bilanz des Krieges. Von Parvus. 30 Seiten. Preis 25 Pfg. Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H., Berlin 68. Der bekannte sozialdemokratische Parteischriftsteller untersucht in dieser populären Broschüre, was die am Kriege beteiligten Staaten vom Kriege erwartet haben und was er ihnen gebracht. Sehr reichhaltiges Material zeigt, wie fürchterlich das Erwarten sein muß, wenn die Völker die grausige Nacht dieses großen Dramas überstanden haben werden. Die Schrift ist ein warmer, an Herz und Verstand appellierender Ruf nach Beendigung des Völkermordens, nach besserem Verstehen der Völker untereinander.

Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen. Ein Appell an Denkende! Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 10 Pf. — Die Schrift versucht an Hand eingehender wirtschaftlicher Beweise zu zeigen, wie die Folgen einer deutschen Niederlage nicht nur unser Wirtschaftsleben, sondern auch die Existenzgrundlage der deutschen Arbeiterklasse und damit jede Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Arbeiterbewegung vernichten muß.

Dokumente zum Weltkrieg 1914. Herausgegeben von Eduard Bernstein. XVI. Aus dem belgischen Graubud II. 2. Nachträge und Ergänzungen. Preis 1 Mk. Buchhandlung »Vorwärts«, Berlin.

Redenschaftsbericht für das Jahr 1916. Verband der deutschen Buchdrucker. Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. April 1916 bis zum 31. März 1917.

Jahrbuch der Dresdner Gewerkschaften 1916. 12. Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats und 24. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells.

Ich und der U-Bootkrieg. Ein Wort der Abwehr von Julian Borchardt. Inhalt: Zur Einleitung, Ich und der U-Bootkrieg, Zu Karl Erdmann's Buch über England und die Sozialdemokratie. — Berlin-Lichterfelde W., Selbstverlag des Verfassers, Preis für den Buchhandel 10 Pfg. Mai 1917.

Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Hamburg. Bericht über das 23. Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1916.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler (siehe Graphische Presse Nr. 23).

Zur Beachtung! Jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand, Adresse: Otto Sillier, Berlin N. 24, Elsaßstraße 80-89, III zu berichten.

Berlin: Gaulteiler und Vorsitzender der Lithogr. u. Steindr. ist wieder: Alex. Czsch, Verbandsbureau, Engelstraße 15.

Brandenburg a. H. Vorsitzender: Otto Ernst, Steinstr. 23.

Nürnberg, Chemigr., Photogr. u. Kupferdr.: Hans Engelhardt, Schoppershofstr. 32, III.

Stolberg i. Rhld.: Josef Schings, Schellerweg 30.

Tarifamt und Zentral-Arbeitsnachweis für Deutschlands Chemigr. u. Kupferdrucker:

Gehilfenvertreter des Tarif-Ausschusses:

Kreis I: Georg Förster, Berlin-Wilmersdorf, Siegmaringertstr. 32, II.

Arbeitsnachweise der Chemigr. u. Kupferdr.

Leipzig: Emil Berger, Leipzig, Langestr. 11, III.

Stellenangebote

Positiv-Retuscheur

für Landschaften (Ansichtspostkarten) für sofort gesucht. Angebote unter Angabe des Gehaltsanspruches und Militär-Verhältnisses erbeten an

Graphia, Kunstanstalt und Druckereien Wilhelm Marx & Co.,
München, Nymphenburgerstr. 125.

Wir suchen einen tüchtigen

KOPIERER

für Strichu. Autotypie.

Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften an

Brendamour, Simhart & Co.,
Düsseldorf-Oberkassel.

Kartolithographen u. Zeichner

werden in dauernde Stellung gesucht

Eduard Gäbler's
Geographisches Institut, Leipzig.

Maschinenmeister und Umdrucker

auf Gravur werden in dauernde Stellung gesucht.

Eduard Gäbler's
Geographisches Institut, Leipzig.

Tüchtige Steindruck-Maschinenmeister

und tüchtige Umdrucker gesucht.

Graphia,
Kunstanstalt und Druckereien,
München, Nymphenburgerstr. 125.

Verschiedenes

Schmutzige Hände, Handwaschmittel.

vorzüglich gereinigt durch Terrahe

Musterstück (115 Gramm) franko bei Einsendung von 50 Pfg.

H. Terrahe, Stadthohn i. W.

Der praktische Umdrucker. Von Bernhard Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto 85 Pfg.

Conrad Müller, Sanktgeiz.